

DIE HISTORISCHE ECKE

Steinkohlerauch an der Weide

Bamberg als Austragungsort einer der ersten Umweltkonflikte in Deutschland

Auseinandersetzungen um die Belastungen von Natur und Umwelt haben eine längere Tradition als oftmals angenommen. Ausgerechnet Bamberg liefert hierfür den Beleg. Die Domstadt war Anfang des 19. Jahrhunderts Schauplatz eines der ersten großen industriellen Umweltkonflikte in Deutschland.

Streitpunkt war ein Gesuch des Bamberger Stadtrates Joseph Ernst Strüpf vom 12. Mai 1802 an den Fürstbischof. Strüpf erbat, unmittelbar vor den Toren der Stadt eine Glashütte errichten zu dürfen, die mit Kohle befeuert werden sollte. Der Antrag war zum einen ungewöhnlich, weil bis dahin Glashütten, die große Mengen an Energie erforderten, in waldreichen Gegenden lagen, um die dortigen Holzvorräte zu nutzen. Die neue Glashütte sollte aber an der Weide liegen, seinerzeit nur durch den Stadtgraben von Bamberg getrennt. Zum anderen war der anvisierte Standort nur wenige hundert Meter vom 1789 errichteten Krankenhaus (das heutige Hotel Residenzschloss) entfernt.

Strüpf's Ansinnen rief sowohl massive Bürgerproteste als auch Wohlwollen bei der Obrigkeit hervor. Da sich die Stadt aufgrund der napoleonischen Krie-

ge in einer tiefen wirtschaftlichen Krise befand, befürwortete der Fürstbischof das Unternehmen. Doch noch im Jahre 1802 kam das Ende des selbständigen Hochstifts Bamberg. Militär besetzte die Stadt und Bamberg gehörte seitdem zu Bay-

ern. Nachdem juristische Schritte nicht recht weiterführten, wandten sich am 29. November 1802 etwa hundert Bamberger Bürger in einem 50-seitigen Schreiben an den neuen bayerischen Landesherren. Die Weide wurde als gänzlich ungeeigneter

Ort für die besagte Glashütte angesehen. Sie sei, so hieß es wörtlich in dem Schreiben, „eines der schönsten Quartiere in und um die Stadt“. Strüpf sei daher geraten worden, „den Versuch, die schöne Natur zu vernutzen, nicht zu wagen“. Je-

doch habe dieser den Rat in den Wind geschlagen.

Unterstützung fanden die betroffenen Nachbarn bei zwei Medizinern. Sowohl Andreas Röschlaub, Professor an der Universität Bamberg, als auch Anton Dorn, Professor am All-

gemeinen Krankenhaus, lehnten das Projekt ab. Beide befürchteten, dass der Steinkohlerauch chronische Erkrankungen bei Anwohnern und Krankenhauspatienten auslösen würde. Dagegen vertrat ein anderer medizinischer Gelehrter, der Universitätsprofessor Ignaz Döllinger, die Ansicht, es sei „kein besonderer Nachtheil auf Gesundheit“ zu erwarten. Positive Stellungnahmen betonten primär die wirtschaftlichen Vorteile einer Glashütte für – modern ausgedrückt – den Standort Bamberg.

Die Regierung in München entschied schließlich zugunsten Strüpf's. Allerdings wurde ihm nicht mehr der Standort Weide angeboten, sondern das ehemalige fürstbischöfliche Jagd-Zeughaus an der Ecke Memmelsdorfer Straße/Siechenstraße (heute bekannt als Siechenscheune). Somit war auch die Forderung der einhundert Bürger erfüllt. Die Geschäfte der Glashütte gingen jedoch nur schlecht und recht, so dass sie wenige Jahre später nach Stockheim bei Kronach verlegt wurde. Den Ort, den die Bürger von Anfang an als Alternative vorgeschlagen hatten ...

Andreas Becker

Ausführlich in: Franz-Josef Brügge-meier: Das unendliche Meer der Lüfte. Luftverschmutzung, Industrialisierung und Risikodebatten im 19. Jahrhundert. Essen 1996.

Weitere Quelle: Helm Wienkötter: Die Bamberger Industrie, 1949/50.



Die Weide um 1890, aus: Peter Moser: „Bamberg Ein verlorenes Stadtbild“, 1995

RATHAUSMAGAZIN

Nicht „gegurrt“ und trotzdem teuer

Kultur ist teuer. Noch teurer sind allerdings miese Kulturmanager. Siehe Bamberger Symphoniker. Der im letzten Jahr wegen Missmanagement und aus dem Ruder geratener Finanzgebaren entlassene Intendant Weigmann ist ein Paradebeispiel dafür, wie man Unsummen „für nichts“ verschleudern kann. Wie aus gut unterrichteten und kompetenten Kreisen zu erfahren ist, kommen die noch von Weigmann eigenmächtig und ohne finanzielle Rückendeckung geplanten „Gurre-Lieder“ die Stadt und die anderen Zuschussgeber nun teuer zu stehen. 2,8 Mio DM Zuschussbedarf hätte das Vergnügen gekostet, wäre es denn zur Aufführung gekommen. Nach Weigmanns Entlassung wurde das Projekt allerdings umgehend vom Kuratorium gestoppt, um das Finanzdesaster der Bamberger Symphoniker nicht auch noch mit diesem Riesendefizit zu belasten. Wie sich nun herausstellt,

wird's auch ohne Aufführung ganz schön teuer. Zu bezahlende Rechnungen und Schadensersatzansprüche in Höhe von ca. 1,5 Mio DM (!) müssen die Symphoniker begleichen. 250.000 DM davon übernimmt die Stadt in einer Sonderzuwendung. Bleibt als Anekdote hinzuzufügen, dass Intendant Weigmann derzeit auch noch gerichtliche Klage gegen die Bamberger Symphoniker als Ex-Arbeitgeber führt und Schadensersatz in Höhe von 880.000 DM verlangt, wegen nach der Kündigung entgangenen Arbeitslohns.

Reif für die Insel?

Verwaltungsmühlen mahlen langsam – das ist keine Neuigkeit. Einen Fall besonderer Langsamkeit stellt die Fußgängerinsel in der Starkenfeldstraße (auf Höhe Annastraße) dar. 1991 beschloss der Verkehrssenat eine Straßenumgestaltung in diesem Bereich. Die vorgesehene Fußgängerinsel wurde allerdings nicht verwirklicht, weil der Fi-

nanz- und Wirtschaftssenat keine Mittel zur Verfügung stellte. Also wurden nur weiße Sperrflächen aufgemalt.

Inzwischen wurde die Notwendigkeit einer Fußgängerinsel immer dringlicher, weil immer mehr Fußwegverbindungen die vielbefahrene Starkenfeldstraße hier queren (Wohngebiet, Kindergarten, Schulstandort etc.). 1997 beschloss der Verkehrssenat nochmals den Einbau der Mittelinsel für Fußgänger. Doch wieder wurden keine Finanzmittel dafür bereit gestellt.

Durch das Engagement eines Bürgers, der das Anliegen wieder aufgriff und in der Bürgerversammlung vorbrachte, musste sich der Stadtrat nun im Oktober 2001 erneut damit beschäftigen, und – wie zu erwarten – befürworteten die Ratsmitglieder auch diesmal die Fußgängerinsel. Damit diese nicht wieder in der allgemeinen Finanzmisere versinkt, hat Baureferent Otmar Strauß in der Vollsitzung versprochen, das nötige Geld (rund 8.000 Euro) innerhalb des diesjährigen Straßenbauunterhalts-

programms unterzubringen. Sind wir mal gespannt. Die Zeit wäre jedenfalls reif – für die Insel ...

Stadtwerte sind Eichels Liebling

Keine Atempause gönnen sich die Stadtwerte beim Schreiben schwarzer Zahlen. So wurde wie bereits 1999 auch im Jahr 2000 beim Strom- und Gasverkauf kräftig abgezockt. Mit 28,5 Mio DM lag der Gewinn (vor Steuer) genauso hoch wie 1999. Nun ist es für einen Wirtschaftsbetrieb prinzipiell keine Schande, Gewinne zu machen. Allerdings hat in diesem Fall das Unternehmen als Tochter der Stadt auch noch andere verantwortliche Aufgaben zu erfüllen. Denn Bamberg ist im Jahr 1992 dem Klimabündnis beigetreten und hat sich damit eine Halbierung des CO₂-Ausstoßes zum Ziel gesetzt. Vom Erreichen dieses Zieles sind wir jedoch weit entfernt. Nicht zuletzt deshalb, weil die Stadtwerte keine Anstalten machen, mehr in Sachen Klimaschutz zu investieren.

Bei den Stadtwerten werden lieber millionenschwere Gewinne geschoben, was dazu führt, dass für die im Gesamtkonzern gemachten Gewinne sage und schreibe 9,5 Mio Mark Steuern an den Fiskus abgeführt werden müssen – sicher zur Freude von Bundesfinanzminister Eichel. Dieses Geld könnte jedoch im Bereich Klimaschutz sinnvoll investiert werden (z.B. Energiesparinvestitionen, Contracting, Kraft-Wärme-Kopplung, erneuerbare Energien). Damit würden die Stadtwerte nicht nur etwas für die Umwelt tun, sondern gleichzeitig neue, zukunftsfähige Geschäftsfelder erschließen – und kräftig Steuern sparen.

Sorry! Nicht Leicht, sondern Röckelein

Im Rathausmagazin der letzten 99Z (Nr. 57) ist der Redaktion ein Fehler unterlaufen, den wir hiermit berichtigen wollen: Nicht Adolf Leicht (Dreierfraktion, Bamberger Realisten) machte einen unsachlichen Redebeitrag zum Thema „Mobilfunk“,

sondern Peter Röckelein von der ÜBG. Wir bedauern die Verwechslung und bitten den Kollegen Leicht um Entschuldigung.

Sprüch ausm Stadtrat:

Bequemer Pessimismus von OB Lauer (bezüglich Fördermittel von der EU):

„Es ist halt grundsätzlich so, dass sich die Rahmenbedingungen immer verschlechtern.“

Pragmatische Prognose von Baureferent Strauß (bezüglich City-Passage):

„Es wird ein Gutachten geben, das die Notwendigkeit der Tiefgarage belegt.“

Rührende Skepsis von ÜBG-Stadtrat Gallenz (bezüglich Umgestaltung der nördlichen Promenade):

„Der Antrag von der SPD ist doch der Ehrlichere im Gegensatz zu dem von der CSU – oder?“